

# Landtag

7. Sitzung vom 26./27. Mai 1992

## Sitzungsprotokoll

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzende: Erste Präsidentin Christine Schirmer, Zweiter Präsident *Outolny* und Dritter Präsident *Dr Hirschall*.

Schriftführer: Die Abgen Sramek, Hermine Mospointrier, Renate Winklbauer, Elisabeth Fleischmann, Brunhilde Fuchs, Kammerer und Strangl, die Abgen Herzog, Mag Heidemarie Unterreiner und Zeihsel, die Abgen Dr Gertrude Brinek und Dkfm Hotter sowie Hannelore Weber.

Präsidentin Christine Schirmer eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind die Abgen Riepl und Haubenburger.

2. In der Fragestunde werden von Präsidentin Christine Schirmer folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 0184/LM/92): Abg Prochaska an den Landeshauptmann:

In welcher Weise planen Sie, den Wiener Landtag in die zukünftige Willensbildung der Länder in Fragen der Europäischen Integration, die durch die sogenannte Integrationskonferenz der Länder (Landeshauptmann, Landtagspräsident) erfolgen soll, einzubinden?

2. Anfrage (PrZ 0169/LM/92): Abg Dr Stix an den Landeshauptmann:

Am 7. April hat sich der Landeshauptmann in einem Gespräch mit dem Bund und den Ländern über den weiteren Ausbau der S 1, S 7, S 45, S 80 sowie der Verbindung nach Eisenstadt geeinigt. Welche Möglichkeiten der Finanzierung dieses Projekts stehen konkret zur Diskussion?

3. Anfrage (PrZ 0195/LM/92): Abg Margulies an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke:

Halten Sie Ihre Mitgliedschaft im Sparkassenrat der Anteilsverwaltung – Zentralsparkasse – mit Ihrer Funktion als Mitglied der Wiener Landesregierung gemäß dem Unvereinbarkeitsgesetz für vereinbar, wenn der Rechnungshof die Bank Austria nicht prüfen könnte?

4. Anfrage (PrZ 0161/LM/92): Abg Effenberg an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke:

Die Stellung des öffentlichen Personennahverkehrs ist unbestrittenmaßen von ständig steigender Bedeutung für die Bewältigung des städtischen Verkehrs in Wien. Es sind daher für die Nahverkehrsmittel mehr Beschleunigungsmaßnahmen zu setzen. Wie wird diesem Gebot entsprochen?

5. Anfrage (PrZ 0162/LM/92): Abg Honay an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke:

In welchem Umfang wird das Land Wien den Grundverkehr reglementieren, falls die von den Ländern gewünschte Kompetenz zur Regelung des Verkehrs mit Baugrundstücken vom Bund auf die Länder übertragen wird?

6. Anfrage (PrZ 0188/LM/92): Abg Dkfm Hotter an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport:

Inwieweit halten Sie einen Straßentunnel durch die Lobau im Hinblick auf die Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zur Errichtung eines Nationalparks Lobau als Teil des Nationalparks Donau-March-Auen für vertretbar?

7. Anfrage (PrZ 0180/LM/92): Abg Dr Günther an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal:

Was werden Sie unternehmen, um den Bestand und die Zukunft der Wiener Schanigärten bzw Gastgärten zu sichern?

8. Anfrage (PrZ 0186/LM/92): Abg Pfeiffer an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr:

Welche Überlegungen gibt es für eine Anbindung des Nordknotens (B 14) an das geplante multifunktionale Zentrum Muthgasse?

9. Anfrage (PrZ 0181/LM/92): Abg Johann Römer an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen:

Ist mit der Einführung des Kollegmodells für die Krankenpflegeausbildung zum Schuljahr 1992/93 zu rechnen?

10. Anfrage (PrZ 0147/LM/92): Abg Mag Karl an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal:

Warum wurde das Polizeientlastungsgesetz, das die Mitwirkungsverpflichtung der Polizei im Tanzschulgesetz, Kulturpflanzengesetz, Naturschutz-, Jagd- und Fischereigesetz aufheben sollte und bereits in Vorbegutachtung war, dem Landtag bisher nicht vorgelegt?

11. Anfrage (PrZ 0185/LM/92): Abg Mag Karl an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal:

Planen Sie in der nächsten Zeit rechtliche Regelungen zur Objektivierung der Postenvergabe vorzulegen?

3. Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß von Abgen der Grünen Alternative Wien vier schriftliche Anfragen eingebracht wurden:

(PrZ 384/LF.) Anfrage des Abg Margulies an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen, betreffend Ambulatorium zur Behandlung von Atherosklerose und Fettstoffwechselstörungen unter besonderer Berücksichtigung des LDL-Apherese-Verfahrens.

(PrZ 385/LF.) Anfrage des Abg Margulies an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen, betreffend Liste der in Wien existierenden und bis Mitte Mai 1992 genehmigten Krankenanstalten.

(PrZ 386/LF.) Anfrage der Abgen Susanne Jerusalem, Dr Friedrun Huemer, Margulies, Kenesei, Jutta Aouas-Sander, Hannelore Weber und Dr Pilz an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen, betreffend Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf den Schulversuch „Neue Mittelschule“.

(PrZ 387/LF.) Anfrage der Abgen Susanne Jerusalem, Dr Friedrun Huemer, Margulies, Kenesei, Jutta Aouas-Sander, Hannelore Weber und Dr Pilz an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen, betreffend Sparpolitik Schuljahre 1992–1994.

(PrZ 389/LAt.) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Dr Marek und Mag Karl gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Novelle zum Tierschutz- und Tierhaltegesetz, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Ausschuß für Umwelt und Sport zu.

(PrZ 390/LAt.) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Susanne Jerusalem, Dr Friedrun Huemer, Margulies, Hannelore Weber, Kenesei, Jutta Aouas-Sander und Dr Pilz einen Antrag, betreffend Erhöhung des Angebots an ganztägigen Schulen an Standorten, die in baulicher und räumlicher Hinsicht bereits jetzt ohne Adaptierung dafür in Frage kommen, eingebracht haben, und weist diesen Antrag der Amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen zu.

(PrZ 391/LAt.) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Susanne Jerusalem, Dr Friedrun Huemer, Margulies, Hannelore Weber, Dr Pilz, Kenesei und Jutta Aouas-Sander einen Antrag, betreffend sofortigen Beginn der Planung und Realisierung jener Beratungshilfen und muttersprachlichen Beratungsdienste, die im Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz vorgesehen sind, eingebracht haben, und weist diesen Antrag der Amtsführenden Stadträtin der

Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen zu.

(PrZ 392/LAt.) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Susanne Jerusalem, Dr Friedrun Huemer, Margulies, Kenesei, Hannelore Weber, Jutta Aouas-Sander und Dr Pilz einen Antrag, betreffend Durchführung einer Bedarfserhebung an ganztägigen Schulformen eingebracht haben, und weist diesen Antrag der Amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen zu.

(PrZ 393/LAt.) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Herzog, Dr Günther und Blind einen Antrag, betreffend die Veränderung von Einstellungserfordernissen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis im Bereich der Stadt Wien, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal zu.

(PrZ 388/LF.) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Dipl Ing Dr Pawkowicz, Ilse Arié, Brigitte Schwarzklement, Ing Westenthaler und Dr Madejski eine an den Landeshauptmann gerichtete Anfrage, betreffend den aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem Bund hinsichtlich der zukünftigen Finanzierungsform der Lehrer im Pflichtschulbereich, eingebracht und gemäß § 39 Abs 1 der Geschäftsordnung die mündliche Begründung dieser Anfrage durch den Fragesteller und die Durchführung einer Debatte über den Gegenstand verlangt haben.

Präsidentin Christine Schirmer gibt bekannt, daß dieses Verlangen von der im § 39 Abs 1 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Landtagsabgeordneten unterzeichnet ist und somit die mündliche Begründung und die Debatte über den Gegenstand vor Schluß der Sitzung erfolgen werden.

4. Der Landtag stimmt der Behandlung von zwei weiteren Geschäftsstücken, die unter den Postnummern 6 und 7 auf die Tagesordnung gesetzt wurden, gemäß § 18 Abs 6 der Geschäftsordnung zu.

Präsidentin Christine Schirmer nimmt eine Umstellung der Tagesordnung insofern vor, als die zur Verhandlung gelangenden Geschäftsstücke wie folgt gereiht werden:

Postnummer 2, 3, 4, 5, 1, 6 und 7.

Berichterstatte: Amtsf StR *Hatzl*

5. (PrZ 1034, P 2.) Die in der Beilage Nr 17 enthaltene Vorlage, betreffend den Abschluß der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art 15a B-VG über die Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden in Angelegenheiten der europäischen Integration, wird gemäß § 139 Abs 2 der Wiener Stadtverfassung genehmigt.

(PrZ 1035, P 3.) Die in der Beilage Nr 16 enthaltene Vorlage, betreffend den Abschluß der Vereinbarung zwischen den Ländern gemäß Art 15a B-VG über die gemeinsame Willensbildung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Integration, wird gemäß § 139 Abs 2 der Wiener Stadtverfassung genehmigt.

(Über die Postnummern 2 und 3 wird unter einem verhandelt.)

(Redner: Abg Pilz, Lhptm Dr Zilk, StR Dr Wille, die Abgen Dipl Ing Dr Pawkowicz, Ing Svoboda, Hannelore Weber und Dr Ferdinand Maier, StR Mag Kabas sowie die Abgen Oblasser, Jutta Aouas-Sander, Ingrid Karotis, Nettig, Ing Rolf Huber, Mag Karl, Dr Günther, Dr Hawlik, Herzog und Brix.)

(Die Postnummern 2 und 3 werden mit den Stimmen der SPÖ, FPÖ und ÖVP gegen die Stimmen der GA angenommen.)

(PrZ 470/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Mag Karl, Georg Fuchs und Herzog, betreffend Erklärungen des Landes Wien über den Grundverkehr, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal zwecks Weiterleitung an die noch zu beschließende Kommission zur europäischen Integration zugewiesen.

(PrZ 471/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Mag Karl, Prochaska, Dipl Ing Dr Pawkowicz und Susanne Jerusalem, betreffend Beteiligung des Wiener Landtags am Mitwirkungsrecht der Länder in Angelegenheiten der europäischen Integration, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal zwecks Weiterleitung an die noch zu beschließende Kommission zur europäischen Integration zugewiesen.

(PrZ 472/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Dr Ferdinand Maier und Nettig, betreffend Einrichtung eines Wie-

ner EG-Büros in Brüssel, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres Personal zwecks Weiterleitung an die noch zu beschließende Kommission zur europäischen Integration zugewiesen.

(PrZ 473/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Dr Ferdinand Maier und Nettig, betreffend Erstellung eines Informationskonzeptes zur europäischen Integration, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal zwecks Weiterleitung an die noch zu beschließende Kommission zur europäischen Integration zugewiesen.

(PrZ 474/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Oblasser und Ing Svoboda, betreffend die Unterstützung von Flüchtlingen im ehemaligen Jugoslawien, wird angenommen.

Berichterstatte: Amtsf StR *Edlinger*

6. (PrZ 1671, P 4.) Der in der Beilage Nr 18 enthaltene Entwurf des Gesetzes, mit dem das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz – WWFSG 1989 geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Redner: StR Mag Chorherr sowie die Abgen Georg Fuchs, Herzog, Mag Ruth Becher, Kenesei, Dr Wawra, Dr Madejski, Margulies und Faymann.)

(Über den Punkt 7, § 4 Abs 1 Z 9 betreffend, wird getrennt abgestimmt.)

(PrZ 476/LAt.) Folgender Abänderungsantrag der Abgen Jutta Aouas-Sander und Kenesei, betreffend den Initiativantrag der Abgen Ing Svoboda u a, betreffend Änderung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes, wird abgelehnt:

1. Im § 4 Abs 1 in der Fassung der Z 7 des Entwurfs entfällt die Ziffer 3; Z 35 des Entwurfes entfällt.

2. Es wird folgende Ziffer 11a eingefügt:

11a. Im § 9 Abs 3 wird folgende Ziffer 3 angefügt: 3. Ausländer, wenn sie im Besitz einer Beschäftigungsbewilligung oder eines Befreiungsscheines nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz sind.

3. Es wird folgende Z 15a eingefügt:

15a. Dem § 17 werden folgende Abs 5 und 6 angefügt:

(5) Eigenmittlersatzdarlehen werden auch für bar überwälzte Grundkostenanteile gewährt.

(6) Auf die Gewährung eines Eigenmittlersatzdarlehens besteht ein Rechtsanspruch.

4. Es wird folgende Z 15b eingefügt:

15b. Dem § 20 Abs 4 wird folgende Ziffer 5 angefügt: 5. der Abgeltung der auf das Wohnhaus entfallenden Betriebskosten.

5. Z 33 lautet:

§ 56 Abs 3 lautet:

(3) Bis zum 31. 12. 1997 ist in die Zusicherung die Bedingung aufzunehmen, daß der Förderungswerber auf Förderungsdauer jede zur Sanierung beantragte bestandsfreie Wohnung der Stadt Wien zu Vergabe zur Verfügung zu stellen hat. Die Vermietung dieser Wohnungen hat mit unbefristeten Mietverträgen zu erfolgen.

6. Es wird folgende Ziffer 40 angefügt:

40. Es wird folgender § 78a eingefügt:

§ 78a. Bis zum 31. 12. 1997 sind alle bestandfreien Wohnung, deren Errichtung oder Sanierung nach diesem Gesetz, nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 oder nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1984 gefördert wurde und deren Förderungsmitel nicht zur Gänze zurückgezahlt sind, der Stadt Wien zu Vergabe zur Verfügung zu stellen hat. Die Vermietung dieser Wohnungen hat mit unbefristeten Mietverträgen zu erfolgen.

(PrZ 475/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Kenesei und Jutta Aouas-Sander, betreffend die Forderung von Mietzinsobergrenzen, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung sowie dem Landeshauptmann zugewiesen.

Berichterstatte: Amtsf StR Dr *Häupl*

7. (PrZ 1467, P 5.) Der Naturschutzbericht 1990 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

(Redner: Die Abgen Hannelore Weber, Dr Hawlik, Barbara Schöfnagel, Josefa Tomsik, Dr Friedrun Huemer und Kenesei sowie StR Mag Chorherr.)

(PrZ 477/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Hannelore Weber und Dr Friedrun Huemer, betreffend Maßnahmen zur Rettung des Wienerwaldes, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport sowie dem Amts-

führenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr zugewiesen.

(PrZ 478/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Hannelore Weber und Dr Friedrun Huemer, betreffend Verbot der Fallenjagd, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport zugewiesen.

Berichterstatter: Abg Mag Zima

8. (PrZ 1248, P 1.) Dem Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt 26e vom 30. März 1992, GZ 26e Vr 3341/92 um Zustimmung zur Verfolgung des Landtagsabgeordneten Dr Peter Pilz wegen Verstoßes gegen §§ 297, 111, 115, 116 StGB wird nach namentlicher Abstimmung gemäß § 29 der Geschäftsordnung stattgegeben.

(Redner: StR Mag Chorherr, die Abgen Prochaska, Dr Hirnschall, Margarete Dumser, Hannelore Weber, Dr Pilz und Hundstorfer sowie Amtsf StR Hatzl.)

9. (PrZ 1779, P 6.) Dem Antrag des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt 26c vom 6. April 1992, GZ 26c Vr 11.197/91, auf Aufhebung der Immunität der Landtagsabgeordneten Jean Margulies und Dr Peter Pilz wegen des Verdachts des Vergehens der Aufforderung zu Ungehorsam gegen Gesetze nach dem § 281 StGB und des Vergehens der Aufforderung zu mit Strafe bedrohter Handlung und Gutheißung mit Strafe bedrohter Handlung nach dem § 282 (1) StGB wird stattgegeben.

(Redner: Die Abgen Dr Friedrun Huemer, Dr Serles, Susanne Jerusalem, Margulies, Dr Pilz, Dinhof und Christine Schirmer.)

Der Geschäftsordnungsantrag des Abgen Dipl Ing Dr Pawkowicz auf Absetzung dieses Geschäftsstücks wird abgelehnt.

10. (PrZ 1791, P 7.) 1. Zum Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt 9c vom 27. April 1992, GZ 9cE Vr 12149/89, Hv 2742/90, betreffend Verfolgung der Bundesrätin Dr Susanne Riess, wird festgestellt, daß kein Zusammenhang der strafbaren Handlung mit ihrer politischen Tätigkeit besteht.

2. Der behördlichen Verfolgung der Bundesrätin Dr Susanne Riess wird zugestimmt.

(Redner: Abg Dr Hirnschall.)

Der Geschäftsordnungsantrag des Abg Dr Hirnschall auf Absetzung des Geschäftsstücks und neuerliche Behandlung im Immunitätskollegium wird abgelehnt.

11. (PrZ 388/LF.) Die Anfrage der Abgen Dipl Ing Dr Pawkowicz, Ilse Arié, Brigitte Schwarz-Klement, Ing Westenthaler und Dr Madejski, betreffend den aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem Bund hinsichtlich der zukünftigen Finanzierungsform der Lehrer im Pflichtschulbereich, wird durch Schriftführer Abg Herzog verlesen und hierauf von Abg Dipl Ing Dr Pawkowicz begründet.

(Die Klubobmänner Dr Pilz, Prochaska, Dipl Ing Dr Pawkowicz und Ing Svoboda geben eine kurze Stellungnahme zum weiteren Verlauf der Sitzung ab.)

(Redner: Abg Susanne Jerusalem, StR Gintersdorfer sowie die Abgen Ilse Arié, Brigitte Schwarz-Klement, Dr Gertrude Brinek, Ing Westenthaler und Dr Madejski.)

Nach Durchführung der Debatte wird die Anfrage von Landeshauptmann Dr Zilk mündlich beantwortet.

(Schluß um 1.50 Uhr.)

**Der Schriftführer:**



**Die Erste Präsidentin:**

